

# WIR SIND DIE ZUKUNFT



\*\*\*\*\*  
**Newsletter Nr. 09/2023 „Wir sind die Zukunft“**  
für die Aktiven in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit  
[www.wir-sind-die-zukunft.net](http://www.wir-sind-die-zukunft.net)

\*\*\*\*\*  
**INHALT**

- **Infos aus dem KJHA vom 10.10.2023**
- **ACT ON Podcast**
- **KINO ASYL**
- **Münchner Lichtblicke**
- **Veranstaltungstipps**
- **Die nächste Ausgabe**
- **Impressum und Datenschutz**

\*\*\*\*\*  
**INFOS AUS DEM KJHA VOM 10.10.2023**

**Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss zusammen mit dem Sozialausschuss**

**TOP 1 – Steuerungsbericht des Sozialreferates für das Jahr 2023**

Zunächst stellte StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) fest, dass der Bericht eindringlich belege, dass das Sozialreferat trotz der 5.000 Beschäftigten am Limit arbeite. Sie frage sich, wie es das Referat trotz der hohen Arbeitsbelastung schaffe, so viele Vorhaben auf

den Weg zu bringen. Besorgniserregend sei aber beispielsweise die personelle Ausstattung im Amt für Wohnen und Migration, die dort bei ca. 50 Prozent liege. Im Verlauf von 2023 rechne man mit 23.000 Anträgen auf Wohngeld. Die Menschen brauchten das Geld dringend – eine Auszahlung verzögere sich aber massiv oder würde mitunter nicht stattfinden. Sie sehe vor allem in der Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsprozessen einen Beitrag zur Lösung des Problems. Sie fügte hinzu, dass angesichts des weiteren Zuzugs von Geflüchteten nach München Lösungen für deren Unterbringung gefunden werden müssten – Turnhallen dürften es nicht wieder sein. Sie unterstrich darüber hinaus, dass der Verwaltung nicht nur Fachkräfte, sondern insgesamt Arbeitskräfte fehlen würden und betonte, wie wichtig es in dieser Zeit sei, noch enger mit den freien Trägern zusammenzuarbeiten. Sie hoffte auf einen positiveren nächsten Bericht des Sozialreferats.

StRin Clara Nitsche (Die Grünen/Rosa Liste) hatte sich auch bessere Nachrichten aus dem Referat gewünscht. Sie stellte fest, dass nicht nur die Mitarbeiter\*innen unter der Arbeitsbelastung leiden, sondern die Folgen der Personalnot die Bürger\*innen spürten. Sie plädierte dafür, die Einstellungsverfahren deutlich zu verkürzen und die Mitarbeiter\*innen kontinuierlich zu begleiten, z.B. durch Angebote der Supervision. Sie fragte zudem nach dem Stand des Pilotprojekts zur Stellenbewertung. Außerdem wollte sie wissen, warum von 230 Bewerber\*innen nur 16 eingestellt werden konnten.

Dr. Manuela Sauer (Paritätischer) wies darauf hin, dass die KJF-Ausstattung ebenfalls problematisch sei, weil dort ebenfalls keine Fachkräfte verfügbar wären. Hinzu komme eine Überverwaltung, die die Verhältnismäßigkeit zwischen der Höhe der Zuschüsse und dem Aufwand für Verwaltung bzw. den erforderlichen Verwendungsnachweise in Frage stelle. In ihrem Bereich gebe es beispielsweise einen Träger, der im dritten Jahr in Folge hinsichtlich seiner Personalkosten geprüft werde. Dabei beliefe sich die Prüfsumme lediglich auf einen mittleren vierstelligen Betrag Euro jährlich. Die Zeit dafür, sich permanent als Träger erklären zu müssen, führe zu einer enormen Mehrbelastung angesichts knapper Personalausstattung.

Diesem Befund schloss sich auch StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) an. Sie erklärte, dass man angesichts der Arbeitsbelastung im Referat auf einen ausführlichen Bericht gern verzichte. Sie fügte hinzu, dass der Bericht zwar eine Reihe von gelben und roten Markierungen enthalte, die zeigten, in welchen Bereichen es besondere personelle Probleme gebe. Gleichzeitig sehe sie aber auch grüne Markierungen – beispielsweise beim Thema Unterhaltsvorschuss. Das bedeutet, dass dort die Verwaltung gut arbeiten und den Bürger\*innen gut und schnell helfen könne.

Die Entbürokratisierung hielt auch StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) für einen erfolgversprechenden Ansatz. Er ergänzte, dass man in dieser angespannten Situation die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den freien Trägern intensivieren müsse. Hinzu komme, dass man Prozesse der Personalgewinnung und Einstellung komplett anders denken müsse. Als Beispiel hierfür nannte er das Thema Inklusion. Bislang würden Stellen mit festen Profilen ausgeschrieben, die für Menschen mit Beeinträchtigungen in der Regel nicht zu erfüllen sind. Man müsste diese Ausschreibungen offener formulieren, um auch diese Menschen anzusprechen. Schließlich warb er dafür, in bestimmte Verwaltungsprozesse andere Berufsgruppen

einzu beziehen, um so die eigenen Mitarbeiter\*innen zu entlasten. Als Beispiel führte er Studierende der Architektur an, die bei der Planung und Errichtung von Leichtbauhallen unterstützen oder Brandschutzprüfungen durchführen könnten.

StRin Lena Odell (SPD/Volt) freute sich über den vorgelegten Bericht. Er zeige zwar die bestehenden Defizite klar auf – mache aber auch deutlich, was das Referat tue, um das soziale Netz in der Landeshauptstadt weiterhin tragfähig zu halten. Der Freistaat und der Bund müssten die Kommunen unterstützen, weil viele der Aufgaben im Sozialbereich in den Kommunen zu bewältigen seien. Auch sie warb für neue Verfahren, bei dem auch andere Qualifikationen erschlossen werden müssten, um den Fachkräftemangel zu bewältigen. Zudem müssen Prozesse der Einstellung deutlich gestrafft werden. Positiv bewerte sie die regionalen Foren, die im Nachgang zur Münchner Armutskonferenz initiiert wurden. Dort könne man den Kindern und Jugendlichen direkt eine Stimme verleihen. Ebenfalls ein positiver Meilenstein in der Münchner Sozialpolitik sei das Azubi-Wohnen. Sie dankte dafür der Verwaltung und den freien Trägern.

Verena Dietl (Bürgermeisterin) bedankte sich ebenfalls bei allen Trägern und der Verwaltung für deren kontinuierliches Wirken an einem sozialen München.

Dorothee Schiwy (Sozialreferentin) betonte, dass der Steuerungsbericht eine enge Korrelation zwischen den gesellschaftlichen Krisen und der verminderten Einsatzfähigkeit in ihrem Referat aufzeige. Diese Krisen führten u.a. dazu, dass sich Arbeitsweisen und Regeln schnell änderten, was die Arbeitsbelastung weiter erhöhe. Insgesamt betrage die Besetzungsquote oft etwa 80 Prozent in ihrem Haus. Eine höhere Rate sei auch durch die übliche Fluktuation und einen erhöhten Krankenstand nicht zu erreichen. Hinsichtlich der Qualifikationen der Bewerber\*innen erklärte sie, dass ihr Referat diese bereits geöffnet hätten und vergleichbare Qualifikationen zulasse. Insgesamt sei die Schnelligkeit der Einstellungsverfahren ein wichtiger Punkt, an dem weitergearbeitet werde. Bei der Frage nach der geringen Anzahl von neu eingestellten Mitarbeiter\*innen wies sie darauf hin, dass sich Bewerber\*innen oft mehrfach bewerben und sich dann für andere Arbeitgeber entscheiden. Einige hätten zudem die erforderlichen Qualifikationen nicht erfüllt. Ergänzend dazu berichtete sie von zwei zusätzlichen Stellen, die mit der Personalakquise befasst werden sollen. Schließlich erläuterte sie, dass ihr Referat zwar alles Machbare in Sachen Entbürokratisierung unternähme, im Zuschussbereich verlangten die Revisionsvorschriften aber oft ein sehr exaktes Verfahren.

*Nur Kenntnisnahme*

## **Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss zusammen mit dem Bildungsausschuss**

### **TOP 1 – Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter – Maßnahmen zum rechtsanspruchskonformen Ausbau der Ganztagsbildung in München, Teil 2: Finanzierung der Personalkosten im Rahmen des gebundenen Ganztags an Standorten der Kooperativen Ganztagsbildung, Anwendung der „Experimentierklausel“ zur Kooperativen Ganztagsbildung Rolle der Mittagsbetreuungen im Rahmen des Rechtsanspruchs**

Florian Kraus (Stadtschulrat) berichtete über die Maßnahmen der Landeshauptstadt zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich ab 2026. Von den ca. 40.000 Kindern, für die diese Regelung gelten wird, seien derzeit 10.000 in der Mittagsbetreuung untergebracht, ca. 3.600 nähmen Angebote des offenen/gebundenen Ganztags wahr, knapp 17.000 würden in Horten betreut und 6.200 Kinder im Kooperativen Ganztags. In ihren Schulbauprogrammen haben die Landeshauptstadt bereits 24 Grundschulen für entsprechende Ganztagsangebote erweitert, bei 13 weiteren befindet man sich in der Vorplanung und für 16 andere liefen die Genehmigungsverfahren. Parallel dazu prüfe man die Bedarfe in den 143 Münchner Schulsprengel. Bei der personellen Ausstattung gehe man verschiedene Wege. So werde man 2024 mit der Ausbildungskampagne „Pädagog\*innen für München“ starten. Im Bereich Kooperative Ganztagsbildung werde man Personal auf 520-Euro-Basis einstellen, das die Mittagszeit abdecken soll. Gleichzeitig werde man sich auch die Bedarfe des Ganztags im Förderschulbereich anschauen und handeln. In jedem Fall sollen die Träger eine konzeptionelle Beratung in Anspruch nehmen können. Die Herausforderung bleibe, dass bis zum Schuljahr 2029/30 etwa 6.100 weitere Plätze der Ganztagsbetreuung benötigt würden, für die ca. 480 pädagogische Fachkräfte eingestellt werden müssten. Bei den Formen der Ganztagsbetreuung setze München schwerpunktmäßig auf die Kooperative Ganztagsbildung (KoGa). Konkret plane sein Referat, dass der KoGa Verwaltungskräfte zugeschaltet würden. Gleichzeitig werde ein Sachkostenbudget eingerichtet, aus dem beispielsweise Coaching-Maßnahmen oder Material finanziert werden könnten. Dabei sind öffentliche und freie Träger grundsätzlich gleichgestellt. Um die anstehenden Aufgaben umsetzen zu können, solle auch das Projektteam im RBS erweitert werden. Das gesamte Vorhaben wird wissenschaftlich begleitet. Zur Umsetzung der Ganztagsangebote sollen die Kooperationen mit Sportverbänden und Trägern der nonformalen und kulturellen Bildung ausgeweitet werden, um beispielsweise die Betreuung während der Ferienzeit zu gewährleisten und die Angebotsvielfalt zu erhöhen. Kraus sah beim weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung auch den Freistaat in der Pflicht, indem dieser z.B. die Budgets für den KoGa erhöht und Verwaltungsaufgaben bezuschusst.

StRin Julia Schönfeld-Knor (SPD/Volt) dankte dem Referat für die Vorlage, die die richtigen Schritte zur richtigen Zeit aufzeige. Sie zeigte sich erleichtert, dass auch die Mittagsbetreuung rechtskonform in der Angebotspalette der Ganztagsbetreuung sei. Sie sah in einer bedarfsgerechten Finanzierung der Angebote die größte Herausforderung und hoffe auf die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen auf Landesebene, um dieses Problem zu lösen. Sie unterstrich zudem die Bedeutung einer Berücksichtigung von Förderschulen im Gesamtsystem des Ganztags.

StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler) bedankte sich für die umfassende Vorlage und begrüßte, dass darin vor allem auf die Erhöhung der „Reaktionsgeschwindigkeit“ bei der Umsetzung der Maßnahmen hingewiesen werde.

StR Thomas Lechner (Die Linke/Die Partei) bestätigte, dass man bei allen Maßnahmen zum Ganzttag immer die Frage der inklusiven Ansätze rückkoppeln müsse. So sei es nur logisch und konsequent, dass auch die Förderschulen berücksichtigt werden. Inklusion müsse ein tragendes Grundprinzip im Ganzttag sein und nicht nach Gutdünken Berücksichtigung finden. Gleichzeitig untermauerte er den Anspruch, dass Angebote des Ganztags keine Ganztagsbeschulung sein dürften, sondern vielfältige Angebote und Methoden der Ganztagsbetreuung.

Kerstin Günter (Behindertenbeirat) äußerte Bedenken, dass das Thema Inklusion bei der Weiterentwicklung der Ganztagsangebote nicht ausreichend Berücksichtigung finde.

Als Mammutaufgabe bezeichnete Judith Greil (Kreisjugendring) die Gestaltung der Ganztagsangebote um den Rechtsanspruch pädagogisch kompetent und zum Wohle der Kinder umsetzen zu können. Dabei sei ihr besonders wichtig, dass es für alle Kinder hochwertige und individuell anpassbare Angebote gebe. Sie forderte, die freien Träger, Verbände und ihre Angebote aktiv einzubinden und sich weitestgehend zu vernetzen. Sie begrüßte die Einrichtung von Verwaltungsstellen, die die pädagogischen Teams entlasten würden – auch ein neues Sachkostenkonto sei zu begrüßen. Es bleibe jedoch zu klären, inwieweit auch die freien Träger von den geplanten 520-Euro-Kräften profitieren könnten; hier seien tarif- und anstellungsrechtliche Voraussetzungen zu prüfen. Bei der wissenschaftlichen Begleitung sei die Evaluation aus Kindersicht sowie die Untersuchung der Erfahrungen im Bereich Inklusion unerlässlich. Sie stellte die Frage, was unter der Personalqualifizierung durch das RBS im Rahmen von kultureller Bildung genau zu verstehen sei.

StR Sebastian Weisenburger (Die Grünen/Rose Liste) bemängelte, dass sich der Bund keine Gedanken für die Umsetzung seiner Vorgaben in den Kommunen gemacht hätte. In München sei die Situation zwar durchaus erfreulich – in der Fläche werde es jedoch zu massiven Problemen bei der Umsetzung kommen. Er forderte Land und Bund auf, jetzt eine Ausbildungsoffensive zu starten, um die nötigen Fachkräfte zu gewinnen.

Auf die Fragen der Mitglieder des KJHA antwortete Florian Kraus (Stadtschulrat). Die Einbindung von Musikschulen solle erreichen, dass die dortigen Teams Musical-Produktionen erstellen, um damit in die Einrichtungen zu gehen. Zusätzlich wolle man verschiedene Akteure der freien Kulturszene qualifizieren, um dann ebenfalls in Einrichtungen tätig sein können. Für eine eigene Sportstelle innerhalb des Referats sei eine Besoldung mit der Gruppe A14 deshalb vorgesehen, weil diese Person über Qualifikationen im Schulbetrieb aufweisen müsse und zudem Verhandlungen mit den verschiedenen Sportvereinen führen solle. Er wundere sich ebenso wie StRin Beatrix Burkhardt (CSU/Freie Wähler) darüber, dass beim Thema kulturelle Bildung bislang noch nicht die entsprechende Mitarbeiterin des Kulturreferats eingebunden wurde – man werde mit der Referatsleitung dazu in Austausch treten.

*Beschluss in beiden Ausschüssen einstimmig angenommen*

## **Sitzung Kinder- und Jugendhilfeausschuss**

### **TOP 1 – Umsetzung des Öffentlichkeitsbeteiligungs- konzepts in der Landeshauptstadt München Einführung eines Einwohner\*innenbudgets**

*vertagt*

### **TOP 2 – Umsetzung §§ 55, 58a Aches Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII); Personalausstattung aufgrund Personalbedarfsermittlung und TOP 5 – Kapazitätenanpassung der Schulsozialarbeit des stadt eigenen Anbieters (S-II-A) an Förder- und Mittelschulen**

*ohne Aufruf einstimmig angenommen*

### **TOP 3 – Väterboarding-Haus "Casa Papa" Beratungsangebot Casa Papa – Väterberatung und Väterwohnen mit Übernachtungsmöglichkeit für die eigenen Kinder – sicherstellen**

StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) berichtete, dass ihre Fraktion sich bereits seit 2020 um eine gesicherte finanzielle Ausstattung des Projekts bemüht habe. Es freue sie, dass nun der Weiterbestand gesichert sei.

Auch StRin Marion Lüttig (Die Grünen/Rosa Liste) freute sich, dass das Angebot dieses Solitärs in der sozialen Landschaft der Stadt nun gesichert sei.

*Beschluss einstimmig angenommen*

### **TOP 4 – Miete Projekt „Köşk“ Räume Schillerstraße 38**

StRin Babara Likus (SPD/Volt) zeigte sich erfreut, dass für das Kulturzentrum Köşk in der Schillerstraße ein neuer Standort gefunden werden konnte und die Landeshauptstadt weiterhin die Miete für die Einrichtung übernehmen wird. Köşk hatte das kulturelle Leben auf der Schwanthalerhöhe nachhaltig bereichert – an dieser Stelle wird ein neuer Standort für die Belange von Kindern und Jugendlichen entstehen, der eine Vielzahl von Einrichtungen sowie die Geschäftsstelle des KJR umfassen werde. Sie freue sich auf das neue Köşk am neuen Standort.

StRin Sibylle Stöhr (Die Grünen/Rosa Liste) bestätigte, dass mit dem Standort Schillerstraße ein Platz für das Köşk gefunden wurde, der nicht zu weit vom alten Standort entfernt ist, sodass die bisherigen Besucher\*innen auch dorthin kommen können. Das Köşk wird auch am neuen Standort seinen innovativen Ansatz weiterverfolgen und vor allem inklusive Angebote vorhalten.

*Beschluss einstimmig angenommen*

### **TOP 6 – Dauerhafte Sicherung von Ausbildungsplätzen in der Berufsbezogenen Jugendhilfe im JAPs-Malerprojekt (Jugend-Arbeit-Perspektiven)**

StRin Lena Odell (SPD/Volt) erklärte, dass die Mindestausbildungsvergütung nun steigen werde. Vor diesem Hintergrund sei es besonders hilfreich, dass das Sozialreferat vorübergehend diese Kosten tragen werde. Sie bedanke sich ausdrücklich dafür, denn das Projekt sei wichtig für Jugendliche.

Auch StRin Alexandra Gaßmann (CSU/Freie Wähler) freute sich über die Zwischenfinanzierung durch das Referat. Damit könne man einen kleinen Beitrag zur Bewältigung des Fachkräftemangels leisten. Beide StRinnen betonten, dass die Stadt hier auch den Ausfall von Drittmitteln auffängt und so eine dauerhafte Projektfinanzierung absichert.

*Beschluss einstimmig angenommen*

*Zusammengestellt von Marko Junghänel*

\*\*\*\*\*

## **JUGENDLICHE GESUCHT – ACT ON!**

Für die dritte Staffel des ACT ON!-Jugendpodcast „Was geht...?“ werden neue Podcast-Talente gesucht. Den Auftakt für die Staffel bildet das ACT ON!-Podcast-Wochenende vom 1. bis 3. Dezember 2023. Das Angebot richtet sich an Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren, die Lust haben, Teil der dritten Podcast-Staffel zu werden. Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldeabschluss ist der 31. Oktober 2023. Weitere Informationen gibt es [hier](#)

\*\*\*\*\*

## **KINO ASYL**

Seit mittlerweile neun Jahren findet KINO ASYL statt – auch in diesem Jahr wieder an unterschiedlichen Münchner Kulturorten. Junge Erwachsene mit Fluchterfahrung wählen und kuratieren Filme aus ihrer Heimat. Das Publikum erlebt eine Reise durch verschiedene Filmkulturen, mal lustig, mal herzergreifend und immer besonders. Kino Asyl bietet nicht nur Filme, sondern auch die persönlichen Geschichten von Menschen, die ihre Heimat durch Filme zeigen. Filmgespräche mit den Kurator\*innen bieten zusätzliche Einblicke. KINO ASYL startet mit der feierlichen Eröffnungsveranstaltung am 26. November in den Münchner Kammerspielen, und setzt seinen Weg vom NS-Dokumentationszentrum über das Kunstlabor 2, den Gasteig HP8 und die Hochschule für Fernsehen und Film bis zum Bellevue di Monaco fort. Dort findet auch der spektakuläre Festivalabschluss statt. Für die jüngsten Kinogänger\*innen bietet KINO ASYL ein eigenes Programm mit Filmvorführungen für Schüler\*innen der zweiten bis vierten Klasse. Der Eintritt ist kostenfrei – um Spenden wird gebeten. Weitere Informationen gibt es [hier](#)

\*\*\*\*\*

## **FÖRDERPREIS „MÜNCHNER LICHTBLICKE“**

Der Förderpreis „Münchner Lichtblicke“ wird jährlich von der Landeshauptstadt München, der Lichterkette e.V. und dem Migrationsbeirat München verliehen. Er setzt ein Zeichen gegen Rassismus und für ein friedliches Miteinander. Der Preis, der mit rund 11.000 Euro dotiert ist, wird in drei Kategorien vergeben. Bewerben können sich Einrichtungen, Projekte und Einzelpersonen, die mit kreativen und innovativen Ideen gegen Rassismus und für kulturelle Vielfalt eintreten.

Einsendeschluss ist der 31.10.2023. Weitere Infos [hier](#)

\*\*\*\*\*

## VERANSTALTUNGSTIPPS

Was: **Symposium zu interaktiven Ansätzen in der Erinnerungskultur**  
Wer: Medienzentrum München des JFF – Institut für Medienpädagogik  
Wann: 25.10.2023, 09:30 – 20:00 Uhr  
Wo: Fat Cat im ehemaligen Gasteig  
Kosten: kostenfrei  
Anmeldung: E-Mail an [medienzentrum@jff.de](mailto:medienzentrum@jff.de)

Was: **Workshop zum Thema gendersensible Arbeit**  
Wer: BJR  
Wann: 06.11.2023, 10:00 – 15:30 Uhr  
Wo: Medienzentrum München 4. Stock (Kino)  
Kosten: kostenfrei  
Anmeldung: E-Mail an [werstein.melda@bjr.de](mailto:werstein.melda@bjr.de)

Was: **Spielsachen aus Holz selber bauen in der stationären und mobilen Kinderarbeit**  
Wer: Spiellandschaft Stadt e.V.  
Wann: 11.11.2023, 14:00 – 17:30 Uhr  
Wo: Spiel- und Kulturwerkstatt Alex, Franz-Heubl-Str. 45  
Kosten: 20,00 €  
Anmeldung: E-Mail an: [Fortbildung@spiellandschaft.de](mailto:Fortbildung@spiellandschaft.de)

Was: **Fachtag „Kommunikation und Motivation für ein nachhaltiges Leben: Praxisideen und Methoden der Kulturellen Bildung für die Kinder- und Jugendarbeit**  
Wer: KJR München-Stadt in Kooperation mit Ökoprojekt MobilSpiel e.V.  
Wann: 16.11.2023 von 9:30 – 16:00 Uhr  
Wo: EineWeltHaus München  
Kosten: 35,00 €  
Anmeldung: bis 09.11.2023 unter [nachhaltigkeit@kjr-m.de](mailto:nachhaltigkeit@kjr-m.de)

Was: **Siebdruck in der pädagogischen Praxis**  
Wer: Spiellandschaft Stadt e.V.  
Wann: 09.12.2023, 10:00 – 17:00 Uhr  
Wo: Aubinger Str. 57  
Kosten: 40,00 €  
Anmeldung: E-Mail an: [Fortbildung@spiellandschaft.de](mailto:Fortbildung@spiellandschaft.de)



Was: **14. Kurs der Berufsbegleitenden Weiterbildung Bildung für nachhaltige Entwicklung**  
Wer: Naturerlebniszentrum Burg Schwaneck, KJR München-Land;  
Ökologische Akademie e.V.; Ökoprojekt MobilSpiel e.V.  
Wann: Infoabend am 31.01.2024, 17:00 – 20:00 Uhr  
Wo: online  
Kosten: Infoabend kostenfrei  
Anmeldung: E-Mail an [a.schlehufer@kjr-ml.de](mailto:a.schlehufer@kjr-ml.de)

\*\*\*\*\*

## **DIE NÄCHSTE AUSGABE ERSCHEINT AM 14.11.2023**

Bericht vom KJHA vom 07.11.2023

\*\*\*\*\*

## **IMPRESSUM UND DATENSCHUTZ**

### **Das Redaktionsteam**

Angelika Baumgart-Jena, Leitung Öffentlichkeitsarbeit KJR München-Stadt; Ulrike Steinforth, Planungsbeauftragte des Münchner Trichters; Chris Dünstl, Fachforum Freizeitstätten, Marko Junghänel

### **Verantwortlich für die Inhalte**

Angelika Baumgart-Jena, Öffentlichkeitsarbeit, KJR München-Stadt  
Herausgeber: Kreisjugendring München-Stadt, Paul-Heyse-Str. 22, 80336 München. Der KJR München-Stadt übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben oder für die Inhalte der verlinkten Seiten. Auf den Inhalt verlinkter Seiten haben wir keinen Einfluss. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

### **Datenschutz**

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie sich in unserem Verteiler angemeldet haben (DSGVO Art 6, Abs. 1.). Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schicken Sie bitte eine E-Mail mit dem Betreff **Abmelden** an die Versandadresse zurück.